

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2012**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG  
DES EUROPARATS**

**Parliamentary Assembly  
Assemblée parlementaire**



COUNCIL  
OF EUROPE

CONSEIL  
DE L'EUROPE

---

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>I.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>II.</b>	<b>Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation .....</b>	<b>3</b>
<b>III.</b>	<b>Allgemeines zur Institution Europarat .....</b>	<b>3</b>
	Entstehung und Zusammensetzung	3
	Ziele	4
	Die wichtigsten Organe des Europarats	4
	Praktische Auswirkungen für Europa	7
	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte	7
<b>IV.</b>	<b>Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2012 .....</b>	<b>8</b>
	<b>1. Wintersession vom 23. bis 27. Januar 2012 .....</b>	<b>8</b>
	<b>2. Frühjahrsession vom 23. bis 27. April 2012 .....</b>	<b>11</b>
	<b>3. Sommersession vom 25. bis 29. Juni 2012 .....</b>	<b>13</b>
	<b>4. Herbstsession vom 1. bis 5. Oktober 2012 .....</b>	<b>16</b>
<b>V.</b>	<b>Wahlbeobachtung .....</b>	<b>18</b>
<b>VI.</b>	<b>Weitere Beispiele für Aktivitäten im Rahmen unserer Arbeiten als Delegierte beim Europarat .....</b>	<b>21</b>
<b>VII.</b>	<b>Schlusswort und Dank .....</b>	<b>26</b>

### Anlagen:

- A1-A5 Konventionen beim Europarat nach Status
- B Wochenplan Sommersession 2012
- C Wochenplan Komitee-Sitzungen während der Sommersession 2012

## **I. Einleitung**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation beim Europarat berichtet im Folgenden über ihre Tätigkeit während der 62. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarats im Jahr 2012, welche wiederum in vier Teilsessionen (jeweils von Montag bis Freitag) in Strassburg tagte.

## **II. Zusammensetzung der Parlamentarierdelegation**

Die liechtensteinische Parlamentarierdelegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats wurde im Landtag an der Eröffnungssitzung vom 18. März 2009 für die Mandatsperiode 2009 bis 2013 wie folgt gewählt:

Mitglieder:	Abg. Gebhard Negele, Delegationsleiter Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend
Ersatzmitglieder:	Abg. Doris Frommelt Stv. Abg. Leander Schädler

## **III. Allgemeines zur Institution Europarat**

Grundsätzlich kann jeder europäische Staat Mitglied im Europarat werden, vorausgesetzt, er akzeptiert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und garantiert seinen Bürgern die Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Grundfreiheiten.

Der Europarat umfasst 47 Mitgliedstaaten. Liechtenstein ist das 21. Mitglied, beigetreten am 23. November 1978. Jüngstes Mitglied aus dem Jahre 2007 ist Montenegro. Im Weiteren haben fünf Länder einen sogenannten Beobachterstatus beim Europarat (Kanada, USA, Japan, der Heilige Stuhl und Mexiko). Ein weiteres neues «Instrument» besteht seit 2011: Partner für Demokratie. Marokko und der Palästinensische Nationalkongress sind die ersten zwei Mitglieder für diese «Vorschule» für Demokratie.

Der Europarat wird oftmals mit der Europäischen Union verwechselt. Die EU hat jedoch eine wesentlich anders geartete Organisationsstruktur mit einer unterschiedlichen Zielausrichtung. Sämtliche 27 Staaten der Europäischen Union sind ordentliche Mitglieder des Europarats. Hauptsitz des Europarats ist Strassburg (F), während jener der EU Brüssel (B) ist.

### **Entstehung und Zusammensetzung**

Der Europarat wurde 1949 gegründet und ist eine zwischenstaatliche politische Organisation. Er umfasst 47 pluralistische Demokratien – darunter 22 mittel- und ost-europäische Staaten – und hat seinen ständigen Sitz im Europa-Palais in Strassburg.

Diese erste supranationale Organisation repräsentiert derzeit eine Bevölkerung von 800 Millionen Menschen.

### **Ziele**

- Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten.
- Stärkung der demokratischen Stabilität Europas durch Reformen in Politik, Gesetzgebung und Verfassung.
- Die Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen, wie beispielsweise Diskriminierung von Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Bioethik, Terrorismus, Menschenhandel, Kriminalität und Korruption, Dattennetzkriminalität, Umweltschutz.
- Erstellung von Berichten mit Entschliessungen und Empfehlungen zuhanden des Ministerrats.
- Entfaltung einer europäischen kulturellen Identität – eines europäischen Wir-Bewusstseins – insbesondere über den Weg der Bildung.

### **Die wichtigsten Organe des Europarats**

Die Arbeit des Europarats stützt sich auf die folgenden drei Organe:

Das **Ministerkomitee** – als verlängerter Arm der einzelnen Regierungen – ist das **Entscheidungsorgan** des Europarats, das von den Aussenministern der Mitgliedstaaten bzw. deren ständigen Vertretern gebildet wird. Es prüft, was auf die Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung und des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas sowie auf Vorschläge der Regierungsexpertenausschüsse und der Fachkonferenzen hin geschehen soll. Es verabschiedet das Arbeitsprogramm und den Etat des Europarats und ist ein ständiges Forum für den politischen Meinungsaustausch und die Willensbildung. Der Vorsitz im Ministerkomitee wechselt alle sechs Monate. Im Berichtsjahr hatten England und Albanien den Vorsitz (die Ländernamen geben die Reihenfolge vor).

Die **Parlamentarische Versammlung** ist das beratende Gremium des Europarats, das aus Abgeordneten der 47 nationalen Parlamente besteht. Sie war die erste paneuropäische Versammlung in der Geschichte unseres Kontinents. Mit den Delegationen aus den nationalen Parlamenten ist sie nach wie vor das grösste politische Forum Europas. Der neue Präsident der Versammlung – Herr Jean-Claude Mignon (EPP) wurde anlässlich der Wintersession im Januar 2012 für zwei Jahre – also bis Ende 2013 gewählt. Ein Hauptziel seiner Amtsperiode ist es, den Europarat mittels Reformen zu erneuern und den Bekanntheitsgrad zu verbessern.

Die Parlamentarier können durch Beschlüsse in der Parlamentarischen Versammlung Einfluss auf das Ministerkomitee nehmen. Die vorgelagerte Mitarbeit in den einzelnen Fachkomitees ist äusserst wichtig und wird von uns Delegierten auch so

gehandhabt. Ebenso wichtig ist aber auch die entsprechende Kommunikation in die nationalen Parlamente bzw. Regierungen. Die Kommunikation ins Parlament bzw. in die Regierung ist jedoch auch mangels geeigneten strukturellen bzw. organisatorischen Einrichtungen schwierig. Dies ist nicht nur in Liechtenstein der Fall. Es ist eher so, dass diese Situation ein grundsätzliches Kommunikationsproblem zwischen den nationalen und den supranationalen Parlamenten darstellt.

Die Parlamentarische Versammlung besteht aktuell aus 636 Mitgliedern, wovon 318 in Stellvertretung sind. Liechtenstein hat ein Kontingent von zwei Mitgliedern und zwei Stellvertretern, was gemäss Statuten das Minimum darstellt. Im Weiteren sieht der Europarat Gastdelegationen aus Nichtmitgliedstaaten vor.

Die fünf politischen Gruppierungen der parlamentarischen Versammlung sind wie folgt aufgeteilt (die Zahlen in Klammern stellen die Anzahl der Delegierten dar und basieren auf dem Stand vom Oktober 2012). Aufgrund unterschiedlicher Wahltermine in den einzelnen Ländern sind die untenstehenden Angaben entsprechenden Veränderungen unterworfen:

- Europäische Volkspartei – EPP/CD (214) – davon FL-Delegation (4)
- Sozialisten – SOC (182)
- Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – ALDE (85)
- Europäische Demokratische Gruppe – EDG (85)
- Europäische Gruppe der Vereinigten Linken – UEL (35)
- Parteiunabhängige – NR (35)

Die Parlamentarische Versammlung verfügte bis 2011 über 10 Fachkomitees. Seit 2012 sind dies infolge Reformbestrebungen noch **acht Fachkomitees**:

- Committee on Political Affairs and Democracy,
- Committee on Legal Affairs and Human Rights,
- Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development,
- Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons,
- Committee on Culture, Science, Education and Media,
- Committee on Equality and Non-Discrimination,
- Committee on Rules of Procedure, Immunities and Institutional Affairs,
- Committee on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council of Europe.

In Komitees werden die diversen Themen ausführlich behandelt. Bevor ein Bericht in die parlamentarische Versammlung gelangt, wird in diesen Komitees darüber beraten. Die Komitees führen ihre Sitzungen ausserhalb der ordentlichen Sessionswo-

chen durch, da zum Zeitpunkt der Sessionen die aufbereiteten und in den Ausschüssen verabschiedeten Berichte vorliegen müssen. Aufgrund der Tatsache, dass Liechtenstein nur das Minimal-Kontingent von vier Delegierten verfügbar hat, gibt es entsprechende Engpässe bei der Wahrnehmung der Aufgaben in diesen Fachgruppen.

Die liechtensteinischen Delegationsmitglieder nehmen wie folgt Einsitz in diesen Komitees:

- |   |   |
|---|---|
| • Committee on Political Affairs and Democracy                    | Gebhard Negele<br>Renate Wohlwend (Ersatz)  |
| • Committee on Social Affairs, Health and Sustainable Development | Doris Frommelt<br>Leander Schädler (Ersatz) |
| • Committee on Legal Affairs and Human Rights                     | Renate Wohlwend<br>Doris Frommelt (Ersatz)  |
| • Monitoring Committee  | Renate Wohlwend                             |
| • Committee on Migration, Refugees and Displaced Persons          | Gebhard Negele<br>Doris Frommelt (Ersatz)   |
| • Committee on Culture, Science, Education and Media              | Leander Schädler<br>Gebhard Negele (Ersatz) |
| • Committee on Equality and Non-Discrimination                    | Doris Frommelt<br>Leander Schädler (Ersatz) |
| • Committee on Rules of Procedure, and Institutional Affairs      | (keine Besetzung)                           |
| • Standing Committee  | Gebhard Negele, Delegationsleiter           |
| • Büro der Versammlung  | Gebhard Negele, Vize-Präsident              |

(Liechtenstein bekommt gemäss Reglement jeweils nach ca. acht Jahren einen Einsitz als Vize-Präsident in diesem Gremium. Für die Dauer von zwei Jahren [2011 und 2012] war dies der Fall für unser Land).

Ausserhalb der Strassburger Sessionswochen tagt das **Standing Committee**, in welchem – neben den Mitgliedern des Bureaus sowie den Fraktions- und Fachkomiteevorsitzenden der politischen Gruppen – die Delegationsleiter Einsitz nehmen. Sitzungsort ist Paris oder der jeweilige Parlamentssitz des Mitgliedslandes, welches im Ministerkomitee den Vorsitz führt. Das Standing Committee ist vergleichbar mit unserem Landesausschuss, der bekanntlich dringende Geschäfte ausführt in der Periode, in welcher der Landtag geschlossen ist. Das Standing Committee tagt in der Regel 2 x jährlich, allerdings nur jeweils 1-2 Tage, in einem Gastgeberland.

Die **Beilagen B und C** im Anhang geben Aufschluss über den Inhalt einer Sessionswoche – hier am Beispiel der Sommersession 2012.

Der **Kongress** der Gemeinden und Regionen Europas ist ein beratendes Organ des Europarats. Das Ministerkomitee schuf 1994 den Kongress der Gemeinden und Regionen als Nachfolger der ständigen Konferenz der Gemeinden und Regionen Europas. Er ist in zwei Kammern gegliedert, von denen eine die Gemeinden, die andere die Regionen vertritt. Der Kongress hält seine Plenarsitzungen einmal jährlich im Europa-Palais in Strassburg ab. Die parlamentarische Delegation ist hier nicht involviert.

Alle diese Instanzen werden bei ihrer Arbeit durch die rund 2000 Mitarbeiter des Europarats unterstützt. Geleitet werden die verschiedenen Fachdirektionen durch den seit 1. Oktober 2009 neu gewählten Generalsekretär Thorbjørn Jagland aus Norwegen.

### **Praktische Auswirkungen für Europa**

Die Arbeit des Europarats führt zu europäischen Konventionen und Abkommen, die die Grundlage für die Anpassung und Harmonisierung der Gesetze in den verschiedenen Mitgliedstaaten bilden. Einigen dieser Rechtsinstitute können auch Nicht-Mitgliedstaaten beitreten. Das Ergebnis von Studien und Arbeiten wird den Regierungen der Mitgliedstaaten zugeleitet, um die Kooperation und den sozialen Fortschritt in Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Per 31.12.2012 existierten total 214 europäische Konventionen. Seitens Liechtensteins sieht diesbezüglich die Situation wie folgt aus:

- 79 Konventionen sind unterschrieben und ratifiziert
- 10 Konventionen sind «nur» unterschrieben
- 1 Konvention ist gekündigt
- 124 Konventionen sind weder unterschrieben noch ratifiziert

Interessante Details zu den obigen Angaben können dem Anhang entnommen werden. Insbesondere ist darin ersichtlich, was es alles an Konventionen gibt, wo Liechtenstein voll dabei ist, wo Liechtenstein erst unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert und wo Liechtenstein weder unterschrieben noch ratifiziert hat.

Mittels der erwähnten **Beilagen A1-A5** hat der Landtag bzw. der Leser eine Übersicht über den Stand der Abkommen und kann allenfalls bei der Regierung besser an weitere Informationen anknüpfen.

### **Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte**

Diese selbstständige Organisation war und ist ein Herzstück innerhalb des Europarats. Der Gerichtshof tagt ständig und ist für alle Verfahrensschritte, von der Prüfung der Zulässigkeit einer Beschwerde bis hin zum rechtskräftigen Urteil, zuständig. Die Richter werden – und dies ist der Berührungspunkt zur Parlamentarischen Versammlung – von dieser gewählt. Der Gerichtshof hat infolge Arbeitsüberlastung

dringende Reformen nötig. Ein wichtiger Schritt hierfür war die Inkraftsetzung von Protokoll 14, welche am 1. Juni 2010 Realität wurde. Weitere Reformschritte müssen jedoch folgen, was aufgrund der finanziellen Situation allgemein und besonders beim Europarat keine einfache Angelegenheit darstellt.

#### **IV. Sessionswochen der Parlamentarischen Versammlung im 2012**

Während den Sessionswochen fallen nicht nur die Versammlungen im Plenum an. Jeweils zu fixen Zeiten finden die Fachsitzungen der Komitees statt sowie die Fraktionssitzungen der Parteien. In Zahlen ausgedrückt sind dies in der Woche zwischen 25 und 30 Fachsitzungen und drei Fraktionssitzungen. Die Anwesenheit der Mitglieder wird protokolliert und ist deshalb nachvollziehbar. Bei Anwesenheit aller vier Delegationsmitglieder Liechtensteins in Strassburg ist die Teilnahme an den Sitzungen gewährleistet, wenngleich teilweise auch Prioritäten gesetzt werden müssen. Meines Erachtens ist die Anwesenheit bei diesen Sitzungen in zweierlei Hinsicht wichtig: Einerseits werden hier die Berichte und allfällige Änderungen diskutiert und als Empfehlung (nach Komitee-interner Abstimmung) verabschiedet und andererseits hat Liechtenstein in den Fraktionssitzungen die volle Stimmkraft aller Delegierten.

P.S. Die Berichte über die Sessionen enthalten teilweise Textpassagen und Fotos aus der offiziellen Internetseite des Europarats ([www.coe.int](http://www.coe.int)).

##### **1. Wintersession vom 23. bis 27. Januar 2012**

Die Delegation mit Gebhard Negele, Renate Wohlwend, Doris Frommelt und Leander Schädler war an den Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an der Wintersession vollzählig vertreten.

Die Anzahl der Delegierten bezüglich der Parteizugehörigkeit sah bei der Sessionswoche wie folgt aus (Parteiabkürzung und in Klammer die Anzahl der Delegierten):

EPP/CD (207), SOC (180), ALDE (91), EDG (99), UEL (30), NR (29)

Total standen 14 Berichte zur Debatte und drei Reden von Persönlichkeiten auf dem Programm.

Folgende Themen waren unter anderem auf der Tagesordnung:

- Rede von David Cameron, Premierminister des Vereinigten Königreichs
- Wahl des Präsidenten der Versammlung und der Vizepräsidenten
- Wahl des Menschenrechtskommissars des Europarats



## **Jean-Claude Mignon, Frankreich - Der neue Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats**



Jean-Claude Mignon bei seiner Antrittsrede (23.1.2012)

### **Neue Energie beim Europarat**

Die lange und gründlich vorbereiteten Reformen beim Europarat sind Wirklichkeit geworden. Die Mitglieder bei der Parlamentarischen Versammlung mussten sich in der ersten Sessionswoche des Jahres an einige Neuerungen gewöhnen. Auch standen verschiedene Wahlen an. Deshalb sind an der Spitze verschiedener Gremien neue Gesichter zu sehen.

### **Delegation Liechtenstein in neuen Kommissionen**

Schon im Europarat-Jahresbericht 2010 hatte Delegationsleiter Gebhard Negele die Reformbemühungen hervorgehoben. In seinem Redebeitrag vor der Parlamentarischen Versammlung im Mai 2011 bezeichnete er das Reformpapier als gut abgestimmtes Räderwerk. Im Gegensatz dazu äusserten viele Abgeordnete grosse Bedenken, dass die Zusammenlegung der Ausschüsse lähmend wirken könnte. Die Nagelprobe erfolgte nun in der Sessionswoche vom 23. bis 27. Januar und sie wurde bestanden. Auch die Mitglieder der liechtensteinischen Delegation haben sich in ihren neuen Ausschüssen eingelebt. Als Delegationsleiter hat Gebhard Negele Einsitz im Ständigen und im Politischen Komitee und arbeitet dazu im Ausschuss für Migration und Flüchtlingsfragen. Renate Wohlwend bringt Wissen und langjährige Erfahrung in den Ausschüssen für die Einhaltung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten (Monitoring Committee) und im Ausschuss für Recht und Menschenrechte ein. Doris Frommelt arbeitet in der Kommission für soziale Kohäsion, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung sowie im Ausschuss für Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung. Leander Schädler engagiert sich im Ausschuss für Kultur, Wissenschaft, Bildung und Medien und in der Subkommission der Kontaktparlamentarier zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen.

### **David Cameron fordert Reformen beim Gerichtshof für Menschenrechte**

Mit dem britischen Premierminister David Cameron konnte die Parlamentarische Versammlung prominenten Besuch empfangen. In seiner lebhaften Rede erklärte er, dass der Gerichtshof im Dienste von 800 Millionen Europäern stehe. Das Gericht müsse dringend reformiert werden, damit es seinen ursprünglichen Aufgaben treu bleiben könne. Angelegenheiten eher banaler Natur sollen von den nationalen Gerichten abgehandelt werden. Der Gerichtshof für Menschenrechte solle sich nicht mit einem misslungenen Haarschnitt oder einer unbequemen Zugfahrt beschäftigen müssen. Der Strassburger Gerichtshof solle nationale Gerichte nicht überprüfen, wenn dies nicht notwendig sei. Cameron wolle seinen Vorsitz im Ministerkomitee dazu nutzen, die Reform voranzutreiben. Diese soll massvoll und pragmatisch sein und das Ansehen des Gerichtshofs weiter steigern.



David Cameron bei seiner Rede an die Versammlung (25.1.2012)

### **Wahl Präsident und Vizepräsidenten**

Jean-Claude Mignon aus Frankreich wurde von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu ihrem Präsidenten gewählt. Er übernimmt das Amt von Mevlüt Çavuşoğlu (Türkei) und ist der 26. Präsident der Versammlung seit 1949 und der erste französische Amtsinhaber seit 23 Jahren.

«Ich möchte in meiner neuen Position vor allem sicherstellen, dass Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie nicht nur leere Worte sind, und dass wir in diesen Bereichen Fortschritte erzielen, auch über unsere Grenzen hinaus, insbesondere indem wir mit den Nachbarn Europas zusammenarbeiten, die sich auf dem Weg der Demokratie befinden», betonte er in seiner Antrittsrede. Mignon ist wie die Abgeordneten der liechtensteinischen Delegation Mitglied in der Europäischen Volkspartei und ein guter Bekannter der Liechtensteiner.

Bei den weiteren Wahlen wurde der liechtensteinische Delegationsleiter zu einem Vize-Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Dies ist eine besondere Auszeichnung für die kleine Abordnung und wird deren Wahrnehmung ver-

stärken. Insbesondere weil Negele damit auch Einsitz im Büro der Versammlung hat.

### **Wahl des neuen Menschenrechtskommissars**

Nils Muižnieks (Lettland) wurde zum dritten Menschenrechtskommissar des Europarats gewählt. Die einmalige Amtszeit dauert ab dem 1. April 2012 sechs Jahre.

Das Amt des Menschenrechtskommissars des Europarats ist eine unabhängige, nicht-richterliche Institution innerhalb des Europarats; seine Aufgaben sind die Stärkung des Bewusstseins für die Menschenrechte, die Unterstützung nationaler Menschenrechtseinrichtungen, die Erfassung von Defiziten in der Menschenrechtsgesetzgebung und –praxis sowie die Förderung der vollen Geltung der Menschenrechte in allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarats.

Der Kommissar führt regelmässig Besuche in den Mitgliedsstaaten durch, um mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft in den Dialog zu treten und Länderberichte zu Fragen im Zusammenhang mit seinem Mandat zu erstellen.

Muižnieks konnte im ersten Wahlgang 120 der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen; dies entspricht der absoluten Mehrheit. Frans Timmermans (Niederlande) erhielt 92 und Pierre-Yves Monette (Belgien) 27 Stimmen.

## **2. Frühjahrsession vom 23. bis 27. April 2012**

Leander Schädler war die ganze Sessionswoche anwesend, Gebhard Negele, Renate Wohlwend und Doris Frommelt infolge Kollision mit der heimischen Landtagsitzung nur teilweise.

Die Anzahl der Delegierten bezüglich der Parteizugehörigkeit sah bei der Sessionswoche wie folgt aus (Parteiabkürzung und in Klammer die Anzahl der Delegierten):

EPP/CD (213), SOC (175), ALDE (85), EDG (86), UEL (34), NR (43)

Total standen 12 Berichte zur Debatte und zwei Reden von Persönlichkeiten auf dem Programm.

Im Besonderen wurde über nachstehende Themen debattiert:

- Rede von David Lidington, Aussenminister des Vereinigten Königreichs
- Bericht Doc. 12894: Förderung einer angemessenen Politik betr. Steueroasen

### **Rede des Aussenministers des Vereinigten Königreichs – David Lidington**

Das Vereinigte Königreich (England) hat derzeit den Vorsitz des Ministerkomites für die Dauer von 6 Monaten. In dieser Eigenschaft hielt David Lidington eine vielbeach-

tete Rede. Er nannte konkret die Probleme beim Namen, welche sich derzeit in den 47 Europaratsstaaten stellen und er stand auch für «heisse» Fragen nach seiner Rede zur Verfügung.

**Bericht Doc. 12894: Förderung einer angemessenen Politik betr. Steueroasen**  
**Berichterstatter: Dirk Van der Maelen, Belgien**

Der Bericht stiess bei Ländern wie Luxemburg, Schweiz und Monaco nicht unbedingt auf Verständnis. Kurz gesagt geht der Berichterstatter davon aus, dass die sog. Steueroasen eine grosse Mitschuld an der existierenden Finanzkrise ausmachen. Er sieht eine Lösung der Krise durch maximale Harmonisierung der Steuern, durch Überwachung der Transaktionen und mehr Transparenz. Die OECD-Standards reichen ihm bei weitem nicht aus. Die Resolution wurde mit 51 Stimmen angenommen bei 11 Gegenstimmen und einer Enthaltung. Die Liechtensteiner Delegation ist zur Wahrung der Stimmrechte nach der Landtagssitzung extra angereist um seine Position im Plenum zu vertreten. Untenstehend der Redebeitrag, welcher anlässlich der Debatte vom Delegationsleiter vorgetragen wurde.

***Gebhard Negele, Liechtenstein***

---

*Danke Frau Präsidentin,*

*Werte Kolleginnen und Kollegen!*

*Was sind die Kernaufgaben des Europarats? Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit.*

*Der Europarat ist nicht in erster Linie ein Forum für Finanz- und Steuerfragen. Vorausgesetzt, dass dieses Thema überhaupt in den Europarat gehört, wäre meines Erachtens hierfür der politische Ausschuss der geeignete gewesen.*

*Im vorliegenden Bericht werden viele Informationen aufgeführt und Forderungen im Zusammenhang mit Steuern im internationalen Bereich gestellt. Die Aktualität der Informationen im Bericht lässt zu wünschen übrig. Vielleicht ist dies auch darauf zurückzuführen, dass es sich hier um einen rollenden Prozess handelt, der voll im Gange ist.*

*Die zahlreichen Forderungen, welche in die Resolution Eingang gefunden haben, sind für mich zu einseitig. Man bekommt den Eindruck, dass die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die soziale Ungerechtigkeit auf so genannte Steueroasen zurückzuführen sind. Das ist natürlich einfach und bequem zu kommunizieren, stimmt aber bei weitem nicht.*

*Die Begriffe Steueroasen und Offshore-Finanzplätze sind nirgends eindeutig definiert. Es wäre grundsätzlich klarer und sinnvoller, von intransparenten und nicht kooperativen Finanzplätzen zu sprechen.*

*Die meisten so genannten Steueroasen haben schon längst die Zeichen der Zeit erkannt. Der Finanzplatz in meinem Land beispielsweise wurde in den letzten drei Jahren richtiggehend auf den Kopf gestellt und neue Geschäftsmodelle sind im Aufbau. Die implementierte Gesetzgebung ist pro aktiv ausgerichtet und entspricht den OECD-Standards. Hierzu wurden auch zahlreiche Doppelbesteuerungsabkommen geschaffen.*

*Liechtenstein erfüllt die OECD-Standards. Es erstaunt deshalb, dass der Berichtstatter gerade unser Land als unkooperativ darstellt. Der Bericht ist auch hier nicht up to date, auch was sein Land betrifft.*

*Nun ein paar kurze Ausführungen zu einigen Themen im Bericht, zu denen ich meine Bedenken anmelde.*

*Unter Punkt 11.3 wird vorgeschlagen, dass die UNO künftig als Forum für die Normensetzung figurieren soll. Ich finde, dass die bestehenden Organisationen wie die OECD und das Global Forum diese Aufgabe bereits heute besser und zeitnaher erfüllen.*

*Ein weiterer Punkt betrifft die europaweite Harmonisierung im Steuerbereich. Hierzu gebe ich zu bedenken, dass – wie in anderen Bereichen – die Ausschaltung von Wettbewerb nicht sinnvoll ist. Jeder Staat muss in seiner Kompetenz individuell jene Steuern erheben können, die seiner Tradition, seiner Grösse und seinen Besonderheiten entsprechen.*

*Der nächste kritische Punkt ist der automatische Informationsaustausch. Hier gilt für mich, dass das Recht des Einzelnen auf Privatsphäre gewahrt bleiben muss. Das Bankgeheimnis ist nicht a priori mit Steuerflucht und Steuerhinterziehung gleichzusetzen.*

*Gleich anschliessend werden wir diverse Änderungsanträge behandeln. Der Bericht bzw. die Resolution würde mit diesen Anpassungen nach meinem Dafürhalten auf mehr Akzeptanz stossen und praktikabel werden.*

*Danke für Ihre Aufmerksamkeit.*

### **3. Sommersession vom 25. bis 29. Juni 2012**

Die Delegation mit Gebhard Negele, Doris Frommelt und Leander Schädler war an den Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in der Sommersession die ganze Woche anwesend, Renate Wohlwend an drei Tagen.

Die Anzahl der Delegierten bezüglich der Parteizugehörigkeit sah bei der Sessionswoche wie folgt aus (Parteiabkürzung und in Klammer die Anzahl der Delegierten):

EPP/CD (214), SOC (183), ALDE (85), EDG (83), UEL (35), NR (36)

Total standen 15 Berichte zur Debatte und drei Reden von Persönlichkeiten auf dem Programm.

Im Besonderen wurde über nachstehende Themen debattiert:

- Rede von Albanien's Premierministers Sali Berisha
- Diverse Berichte gemäss Pressemitteilung der Delegation vom 29. Juni 2012

### **Rede von Albanien's Premierministers Sali Berisha**



Albanien hat als Nachfolge von England während sechs Monaten den Vorsitz im Ministerkomitee. In dieser Eigenschaft hielt der Premierminister von Albanien eine Rede vor der Versammlung. Er lobte den Europarat für die Dienste an seinem Land. Der Europarat habe seinem Land stark geholfen, sich von einer Diktatur in eine Demokratie zu wandeln. Der Premierminister stellte sich nach seiner Rede den Fragen aus der Versammlung

### **Presse-Bericht der Delegation über die dritte Teilsitzung 2012**

#### **Die globale Wirtschaftskrise und die Vernichtung von Vermögen durch Spekulationen haben auch Auswirkungen auf die Wohlfahrtssysteme**

Der Europarat befürchtet vor allem Auswirkungen auf die Bevölkerungsschicht mit tiefen Einkommen. Teilweise treibt die Angst aber seltsame Blüten, deren Auswuchs ein eher kontraproduktiver Bericht war. Auch die liechtensteinische Delegation stemmte sich, jedoch vergeblich, dagegen.

#### **Gefahr für Demokratie**

Mit Austerität soll ein ausgeglichener Staatshaushalt ohne Neuverschuldung erreicht werden. Der dazu vorgelegte Bericht wurde kontrovers diskutiert. Forderungen nach mehr Sozialstaat und Angriffe auf die Wirtschaft wurden von den traditionelleren Parteien nicht goutiert. Sauer aufgestossen ist auch die Anzweiflung der demokratischen Legitimation der Troika des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank. Es wurde aber klargestellt, dass die Gremien auf demokratischer Grundlage in demokratischen Staaten gebildet wurden. Ferner wehrten sich viele Politiker gegen den erneuten Rundumschlag mit Angriffen auf sogenannte Steuerparadiese, ohne die Veränderungen und Entwicklungen in den letzten Jahren zu berücksichtigen. Trotz aller Bedenken fand der Bericht letztlich eine Mehrheit und wurde verabschiedet.

Andreas Gross (Schweiz) konstatierte in seinem Bericht «Die Krise der Demokratie und die Rolle des Staates im Europa von heute», dass für viele Europäer die Demokratie eines der Hauptopfer der Finanzkrise ist. Das Misstrauen der Öffentlichkeit in Bezug auf die Demokratie werde dadurch verstärkt. Die im Bericht falsch aufgeführte Angabe, dass es in Liechtenstein eine Wahlhürde von neun Prozent gebe, wurde durch die liechtensteinische Delegation richtiggestellt.

Eine weitere Vorlage beschäftigte sich mit den Folgen für die regionalen und kommunalen Behörden. Bei sinkenden Einnahmen sind sie in der angespannten Wirtschaftslage gleichzeitig mit einer steigenden Nachfrage nach öffentlichen Dienstleistungen konfrontiert. Die Parlamentarische Versammlung zeigte sich besorgt über die daraus resultierenden Kürzungen von Sozialprogrammen. Gleichzeitig betonte die Versammlung aber, dass die regionalen Kommunen selbst einen Beitrag zur Erholung der Konjunktur leisten müssen. Island könnte dabei als Vorbild dienen.

### **Die vergessene Jugend**

In dieser Debatte wurde es als Tragödie bezeichnet, dass die Jugend Europas durch Arbeitslosigkeit/Unterbeschäftigung und schliesslich Armut unverhältnismässig betroffen ist. Die Versammlung unterstützte nachdrücklich die Strategie der Europäischen Union zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Es wurde auch auf die wertvolle Forschungsarbeit anderer Partnerinstitutionen verwiesen. Schliesslich wurde von den Mitgliedsstaaten die rasche Implementierung von Aktionsplänen gefordert.

### **Wie Island die Krise durchlebt**

In einer eindrücklichen Rede erklärte der isländische Finanzminister Steingrímur Sigfússon, wie Island die Krise durchlebte. Zunächst beschrieb er die Ereignisse, die im Jahr 2008 in Island zu einem vollständigen Finanzkollaps geführt hatten. Dann zeigte Sigfússon auf, wie Island die Krise überwand. Neben den Sparmassnahmen hat Island sein progressives Steuersystem mit drei Steuersätzen ausgeweitet. Es wurden nicht einfach Arbeitslosengelder bezahlt. Vielmehr wurde in Ausbildungsprogramme investiert. Vor allem empfahl Finanzminister Sigfússon, bei der Zusammenarbeit mit dem IWF viel Eigenverantwortung zu übernehmen. Dadurch wurde klar, dass Island seine Situation ernst nahm und der IWF hat sich angepasst. Inzwischen ist das Wachstum wieder da und die IWF Darlehen können früher als vorgesehen zurückgezahlt werden.

### **Stellvertretende Generalsekretärin**

Die Italienerin Gabriella Battaini-Dragoni ist von der Parlamentarischen Versammlung mit 133 Stimmen zur neuen Stellvertretenden Generalsekretärin des Europarats gewählt worden. Der Schweizer Gérard Stoudmann, der ebenfalls als Kandidat zur Wahl stand, erhielt 117 Stimmen. Battaini-Dragoni tritt ihr Amt am 1. September für einen Zeitraum von drei Jahren an und löst Maud de Boer-Buquicchio ab, die

in den Ruhestand tritt, nachdem sie diese Funktion seit dem 1. September 2002 ausgeübt hat.

### **Wenige Fälle beim EGMR**

Die liechtensteinische Delegation traf sich während der Sessionswoche mit Mark Villiger, dem liechtensteinischen Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Er berichtete, dass aus Liechtenstein nur wenige Fälle anhängig sind. Viele Anträge würden bereits in der Vorprüfung zurückgewiesen. Das bedeutet, dass die liechtensteinischen Gerichte gute Arbeit leisten und üblicherweise formell korrekte Urteile fällen. Liechtenstein steht also gut da. Es war zu erfahren, dass Mark Villiger zu einem Sektions-Vizepräsidenten gewählt wurde. Die Delegation gratulierte herzlich und überreichte ein kleines Präsent.

## **4. Herbstsession vom 1. bis 5. Oktober 2012**

Die Delegation war mit Gebhard Negele, Doris Frommelt und Leander Schädler an den Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats an der Herbstsession vertreten. Renate Wohlwend konnte nicht teilnehmen.

Die Anzahl der Delegierten bezüglich der Parteizugehörigkeit sah bei der Sessionswoche wie folgt aus (Parteiabkürzung und in Klammer die Anzahl der Delegierten):

EPP/CD (214), SOC (182), ALDE (85), EDG (85), UEL (35), NR (35)

Total standen 12 Berichte zur Debatte und drei Reden von Persönlichkeiten auf dem Programm.

Der folgende von der Delegation verfasste Pressebericht gibt einen Überblick über die Herbstsession 2012 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

### **Presse-Bericht der Delegation über die vierte Teilsitzung 2012**

#### **Hitze Debatten in Strassburg - Die Nerven lagen blank**

Auf eine harte Probe gestellt wurde der Europarat in seiner Herbstsession. Starke Nerven brauchten auch die Mitglieder der Liechtensteinischen Delegation. In der Europäischen Volkspartei gab es Streit. Im Plenum wurde ungewöhnlich emotional debattiert.

#### **Präsident der russischen Staatsduma sagt Besuch ab**

Der Präsident der russischen Duma, Sergej Naryschkin, hatte einen Besuch bei der Parlamentarischen Versammlung zugesichert. Kurzfristig wurde die Visite abgesagt.



Viele Abgeordnete monierten, dass keine offiziellen Gründe für die Absage vorlägen. Die Russische Föderation ist einer von zehn Mitgliedsstaaten des Europarats, die einem Monitoring-Verfahren unterworfen sind. In der Herbstsession stand der dritte Monitoring-Bericht zu Russland auf der Tagesordnung. In der Debatte äuserten verschiedene Redner ihr Unverständnis für das Verhalten seitens der russischen Duma. Zuvor hatte der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Jean-Claude Mignon, in seiner Rede zur Eröffnung der Herbstsitzung insbesondere zum «Dialog mit unseren russischen Kollegen und Freunden» aufgerufen. Ihn beunruhigten die Spannungen in Zusammenhang mit dem Monitoring-Bericht. Trotzdem wurde die Debatte ungewöhnlich heftig und emotional geführt.

### **Sensation bei der Abstimmung**

Die Versammlung würdigte eine Reihe von neu eingeführten Gesetzen und Veränderungen in Russland. Andere Massnahmen und Entscheidungen gäben hingegen Anlass zu ernster Besorgnis. «Dies veranschaulicht, wie widersprüchlich die politische Situation in der Russischen Föderation ist, und lässt die Frage nach den wirklichen Absichten der Behörden aufkommen», erklärte die Versammlung. Deshalb beschloss sie mit deutlicher Mehrheit, ihr Monitoring des Landes fortzusetzen.

Anschliessend wurde über den Empfehlungsentwurf zu Händen des Ministerkomitees abgestimmt. Zur völligen Überraschung scheiterte dieser an der Zweidrittelmehrheit. Im Plenarsaal gab es aufgeregte Diskussionen so dass der Präsident Mühe hatte, zum nächsten Tagesordnungspunkt zu gehen.

### **Streit in der Europäischen Volkspartei**

In der Sitzung der Europäischen Volkspartei (EVP) in der auch die Mitglieder der Liechtensteinischen Delegation vertreten sind, gingen die Wogen hoch. Der nicht in letzter Konsequenz überwiesene Bericht war von Mitgliedern der EVP erarbeitet und in der Versammlung verteidigt worden. Es herrschte Unverständnis darüber, dass mehrere Mitglieder der eigenen Partei die Vorlage nicht unterstützten. «Wie schon oft hat Russland wieder sein Spiel treiben können und gegen den Europarat gewonnen» sagte ein Abgeordneter erbost. Als sich heraus stellte, dass auch der Tagesvorsitzende gegen den Empfehlungsentwurf gestimmt hatte, eskalierte die Diskussion. Vertrauen, Loyalität und Solidarität wurden in Frage gestellt. Es wurde sogar gefordert, dass der Tagesvorsitzende seinen Platz räumen soll. Schliesslich wurde eine Sondersitzung zum Thema anberaumt. Diese wurde bereits in der Mittagspause des folgenden Tages abgehalten. Die Diskussion war zwar sachlich, aber Ruhe wird wahrscheinlich nicht so schnell einkehren und die Gespräche müssen in der Wintersession fortgesetzt werden.

### **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**

Mit einem Bericht wurde die Versammlung ersucht, die Mitgliedsstaaten des Europarats grundsätzlich zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu verpflichten.

Der Delegationsleiter Gebhard Negele sagte, dass schon der Titel «Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer» irreführend sei. Man könne etwas, das es bis anhin gar nicht gab, auch nicht wiederherstellen. Ebenfalls sprach sich Kanada, das beim Europarat Beobachterstatus hat, gegen diese Steuer aus. Der Generalsekretär der OECD, Angel Gurría sagte, dass diese Steuer nicht universell wirksam und deshalb abzulehnen sei. Fast 40% der Parlamentarier stimmten wie Liechtenstein gegen die Vorlage, was bei einem solchen Bericht ungewöhnlich hoch ist.

### **Gymnasiumsklasse zu Besuch**

Mit grosser Freude durfte die Liechtensteinische Delegation eine Schülergruppe des Gymnasiums begrüßen. Mit ihren Fragen zeigten die Gymnasiasten grosses Interesse. Dabei erfuhren sie, dass diese Herbstsession ausserordentlich spannend und denkwürdig war. Die Delegation dankte herzlich für den Besuch. Anschliessend konnten die Schüler von der Zuschauertribüne aus, die spannende Debatte zur Finanztransaktionssteuer mitverfolgen. Danach stand ein Besuch beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit Liechtensteins Richter Mark Villiger auf dem Programm.

## **V. Wahlbeobachtung**

Der Europarat mit seinen Kernaufgaben in den Bereichen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sieht eine wichtige Aufgabe in der Teilnahme von Wahlbeobachtungen. Wie bereits letztes Jahr, hat ein Delegationsmitglied auch im Berichtsjahr an einer Wahlbeobachtung teilgenommen. Der Europarat stellt jeweils eine Anzahl von Europarats-Parlamentariern für Wahlbeobachtungen zur Verfügung. Für die Wahlbeobachtung in Armenien wurde Liechtenstein in der Person von Gebhard Negele berücksichtigt.

Der untenstehende «interne» Bericht, welcher zu handen des Landtagsbüros angefertigt wurde, gibt die Situation aus Sicht des liechtensteinischen Beobachters wieder.

### **Wahlbeobachtung in Armenien vom 3. bis 7. Mai 2012 (Wahltag 6. Mai 2012) Gebhard Negele**

---

Anbei erhalten Sie den Bericht betr. meines dritten Einsatzes seit 2005 bei einer Wahlbeobachtung im Rahmen meiner Zugehörigkeit bei der Liechtensteinischen Parlamentarischen Delegation des Europarats.

#### **Vorwort/Logistik**

Die semipräsidentielle Republik Armenien hat rund 3.3 Millionen Einwohner. Armenien hat sich seit September 1991 von der Sowjetunion losgelöst. Mit einer Fläche

von rund 30'000 km<sup>2</sup> ist das Land rund 30% kleiner als die Schweiz. Es handelt sich um ein ausgeprägtes Gebirgsland. 90% der Landesfläche liegt 1000 M.ü.M. Armenien grenzt im Norden an Georgien, im Osten an Aserbaidschan, im Südosten an den Iran, im Süden an die aserbaidische Exklave Nachitschewan und von Südwesten bis Westen an die Türkei. Armenien ist Mitglied der folgenden internationalen Organisationen: UN, Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit, GUS, OSZE, Europarat, NATO-Partnerschaft für den Frieden, EBRD, Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation, Asiatische Entwicklungsbank und Welthandelsorganisation. Armenien ist ein armes Land. Das BIP pro Kopf beträgt im Jahr weniger als 3'000 USD und ist damit dreissigmal geringer als dasjenige der Schweiz und auch gegenüber dem Nachbarland Aserbaidschan fällt das BIP dreimal geringer aus.

Auch nach 11 Jahren Mitgliedschaft beim Europarat ist Armenien in Sachen Demokratie noch nicht ganz bei unserem Demokratieverständnis angelangt. Deshalb führt der Europarat einen stetigen Monitoring Prozess mit diesem Land durch. Die Wahlbeobachtung der Parlamentswahlen im Vorfeld und am Wahltag selbst ist ein Teil dieses Prozesses.

Aufgrund der Einladung zur Wahlbeobachtung seitens des Präsidenten der Nationalversammlung Armeniens hat der Europarat (PACE) entschieden, dieser Einladung zu folgen. Daraufhin wurden vom Europarat geeignete Kandidaten für die Wahlbeobachtung gesucht. Ich wurde nach meiner umgehenden Bewerbung von der Europäischen Volkspartei in die Ad hoc Kommission für die sog. Kurz-Zeit-Wahlbeobachtung 2012 aufgenommen. Der Europarat entsandte total 22 Parlamentarier, welche in 11 Wahlbeobacherteams zusammengefasst wurden.

Reise und Unterkunft organisierte das Landtagssekretariat bestens. Die reine Flugzeit nach Jerewan mit Zwischenlandung in Paris beträgt knapp sechs Stunden bei einer Distanz von rund 3'700 km.

### **Sinn und Zweck sowie Organisation der Wahlbeobachtung**

Der Europarat als «demokratisches Gewissen» macht natürlich bei den Wahlbeobachtungen im Rahmen seiner Möglichkeiten mit. Die ganze Angelegenheit ist strikte durchorganisiert. Die Wahlbeobachtung wird massgeblich von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) geleitet und zwar vom Büro ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights). Der Europarat stellte 24 von rund 650 internationalen Beobachtern. Diese ergeben rund 325 Beobachter-Teams. Jedes Team bestand aus zwei Wahlbeobachtern plus einem Übersetzer und einem kundigen Autofahrer. Offizielle Medien erwähnten, dass darüber hinaus 31'451 lokale Wahlbeobachter (häufig NGO's) die Wahlen in den jeweiligen Lokalen mit verfolgen durften.

Wahltag war Sonntag, 6. Mai 2012. Gewählt wurde ein Parlament mit 131 Mitgliedern für eine Mandatsperiode von vier Jahren. Das Gebiet war in 41 Wahlkreise aufgeteilt. In 1'982 Wahlstationen konnte gewählt werden. In jeder Wahlstation war eine 7-köpfige Wahlkommission (PEC – Precinct Election Commission) präsent. Neben diesen Kommissionen gibt es pro Wahlkreis noch eine Kommission (CoEC –

Constituency Election Commission) und als oberste Kommissionseinheit die CEC (Central Elections Commission). Diese Kommission liess 1'016 Kandidaten zur Wahl zu. 2'523'201 WählerInnen konnten laut offiziellen Angaben zur Wahlurne gehen. 1'573'053 Stimmen wurden abgegeben, was einer Wahlbeteiligung von über 62% entspricht.

## **Bericht**

Am Donnerstag war Anreisetag. Am Freitag fanden von morgens 9 Uhr bis abends 18 Uhr Sitzungen statt. Vorerst wurde innerhalb der Europaratsteilnehmer die Situation analysiert. Es gab ein dickes Dossier, welches über die Vorperiode Aufschluss gab. Die Leiterin der Ad hoc Kommission vom Europarat, Baroness Emma Nicholson (England), erläuterte ihre Sicht zur Vorwahlphase und die Rolle des Europarats bei diesen Wahlen. Im weiteren Verlauf fand eine gemeinsame Sitzung mit der OSZE und Parlamentariern der EU statt. Nachfolgend konnten die Vertreter aller politischen Parteien ihre Situation darlegen.

Am Samstagmorgen von 10 bis 14 Uhr war die nächste Sitzung. Im Vordergrund standen Panel Diskussionen mit NGO's und mit Medienvertretern. Anschliessend wurden die Unterlagen für die Wahlbeobachtung pro Team entgegengenommen. Man traf sich individuell mit der Dolmetscherin und dem Taxifahrer und plante den Einsatz am Wahltag. Als Wahlbeobachterin im Team LT1115 wurde neben mir die Europaratskollegin Miroslawa Nykiel (Polen) bestimmt.

Sonntag – Wahltag. Dieser begann für uns «Überwacher» um 6 Uhr und dauerte bis 23 Uhr. Unsere Aufgabe bestand darin, in zwei Distrikten (Jerewan und Vayotz Dzor) mit 108 Wahlstationen und rund 120'000 Wahlberechtigten unsere Beobachtungen zu machen. Wir «schafften» es, sieben Wahllokale zu überwachen und speziell bei einem Wahllokal bei der Eröffnung (8 Uhr) dabei zu sein und bei einem Wahllokal nach dessen Schliessung (20 Uhr) die Abschlussarbeiten (Zählen, Protokollieren, Aktenübergabe) ebenfalls zu überwachen. Wir besuchten die übrigen Wahllokale für jeweils knapp eine Stunde und protokollierten auch hier unsere Feststellungen auf die jeweils vorgegebenen Fragebogen. Dabei war es unerlässlich, eine Person für Übersetzungen im Team zu haben. Aber auch der Taxifahrer war sehr wichtig in den unwegsamen Gegenden auf dem Land. Wir waren über 300 km im Auto unterwegs.

Am Montagmorgen fand das Europaratsinterne Briefing in Jerewan statt. An dieser Sitzung um 9 Uhr konnte ich nicht teilnehmen, da ich die Rückreise bereits frühmorgens antreten musste.

Der Bericht vom Ad hoc Komitee des Europarats über die Wahlbeobachtung liegt mittlerweile vor. Er trägt die Berichtsnummer 12937 mit Berichtsdatum 24. Mai 2012. Der Bericht wurde an der Sitzung des Standing Committees am 25. Mai 2012 in Tirana (Albanien) verabschiedet.

### **Folgende persönliche Meinung halte ich hier fest**

Der Wahltag entsprach meinen Erwartungen und war für mich in Ordnung. Wir konnten kein offensichtliches Vergehen feststellen. Es herrschte beinahe eine gespenstische Ruhe (keine Aufstände, keine Plakate, keine Polizei, kein Militär). Der Prozess des Wählens war ebenfalls formell in Ordnung (Wählerliste, Kontrolle, Kabinen, Kontrolle bez. Mehrfachwahlen mittels Tinte und UV-Licht etc.). Der Zutritt zu den Kontrollarbeiten wurde mir voll gewährt.

Da ich nur den Wahltag selber mit verfolgen konnte, kann ich nur diesen mit gutem Gewissen kommentieren. Trotzdem erlaube ich mir doch noch einen Gefühlseindruck hier festzuhalten. Ich war 2010 an einer Wahlbeobachtung in Aserbaidschan. Wenn ich nun diese zwei Länder vergleiche, so fällt mir auf, dass ich mich in Armenien viel wohler und freier fühlte. Die Menschen in der Stadt Jerewan, aber auch auf dem Land, sind offener. Der Wahlausgang ist klar. Die regierende Partei (Republikaner Partei) hat 69 der 131 Sitze erhalten, fünf weitere Parteien teilen sich den Rest der Sitze. Drei Parteien haben den Sprung ins Parlament nicht geschafft.

Armenien ist trotz oder gerade wegen der Armut auf dem richtigen Weg zu weiteren Fortschritten zur Demokratie!?

### **Schlussbemerkung**

Liechtenstein steht es an, im Sinne «demokratischer Entwicklungshilfe» bei Wahlbeobachtungen mitzuhelfen. Der Europarat ist meines Erachtens hierfür als das «demokratische Gewissen Europas» wohl am besten geeignet.

## **VI. Weitere Beispiele für Aktivitäten im Rahmen unserer Arbeiten als Delegierte beim Europarat**

Wie in der Einleitung erwähnt, wird sowohl während den Sessionen als auch ausserhalb dieser in Komitees und weiteren Foren gearbeitet. Untenstehend sind zwei Berichte über solche Tätigkeiten aufgeführt, welche darüber hinaus auch dem Bereich Networking zugeteilt werden können.

### **Besuch der Schweizer-Parlamentarierdelegation in Vaduz**

---

Am 12. und 13. Januar empfing die Liechtensteinische Europarats-Delegation die Schweizer Parlamentarierdelegation beim Europarat zu einem Arbeitsbesuch in Vaduz. Neben den Liechtensteinischen Europarats-Abgeordneten Gebhard Negele als Delegationsleiter, Renate Wohlwend, Doris Frommelt und Leander Schädler waren von Schweizer Seite in ihrer gut 20-köpfigen Delegation u.a. deren scheidender Präsident Theo Maissen sowie der Nationalratspräsident Hansjörg Walter präsent. Unter den Gästen waren ebenfalls die beide Länder vertretenden Richter am Europäischen Menschenegerichtshof in Strassburg Mark Villiger und Helen Keller sowie

der Ständige Vertreter der Schweiz beim Europarat, Charles-Edouard Held. Ebenfalls vertreten waren Mitarbeiter des Parlamentsdiensts und des Landtagssekretariats.

Anlass des Arbeitsbesuchs war das Ende der Amtszeit des aktuellen Präsidenten der Schweizer Europarats-Delegation sowie die seit Jahren freundschaftliche Verbindung der Schweiz mit Liechtenstein. So kann der Arbeitsbesuch als willkommene und sehr gelungene Abwechslung zum Parlamentarieralltag bezeichnet werden. Ebenso trug die hochkarätig besetzte Schweizer Delegation zu fundierten Gesprächen bei.

### **Informations- und Gedankenaustausch zum Thema Finanzplatz**

Der neue FMA-Präsident Urs Roth hielt am Freitag ein Impulsreferat zum Thema Finanzplatz Liechtenstein und gab u.a. einen Überblick über den seit einiger Zeit anhaltenden Transformationsprozess des Finanzplatzes sowie über die Internationalisierung der Finanzmarktaufsicht. Anschliessend diskutierten die Teilnehmer über verschiedene finanzpolitische Aspekte beider Staaten.

Abgerundet wurde der Besuch mit einem Empfang durch S.D. Erbprinz Alois auf Schloss Vaduz, einer Besichtigung des Landtagsgebäudes sowie einer Einladung zum Apéro riche. Die Gäste aus der Schweiz schätzten die Einladung sehr und das organisierte Programm erhielt viel Lob. Weiter trug der Besuch der Vertiefung der Freundschaft zwischen den Delegationen bei.



## **Bericht über das Weltforum für Demokratie in Strassburg vom 5. bis 11.10.2012 Gebhard Negele, Doris Frommelt**

---

Das «Forum for the Future of Democracy» wurde anlässlich des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs in Warschau im Mai 2005 eingerichtet. Bei diesem Forum handelt es sich um eine Konferenz, die bis anhin jährlich vom Europarat einberufen wird. Neben den 47 teilnehmenden Europarats-Staaten sind auch mehrere Staaten mit Beobachterstatus vertreten (u.a. die USA, Kanada oder Mexiko).

Seit 2005 wurde das Forum jährlich in einem Europaratsmitgliedstaat durchgeführt, so im Jahre 2005 in Polen (Warschau), 2006 in Russland (Moskau), 2007 in Schweden (Stockholm und Sigtuna), 2008 in Spanien (Madrid), 2009 in der Ukraine (Kiew), 2010 in Armenien (Jerewan), 2011 in Zypern (Limassol) und dieses Jahr in Strassburg. Mit der Ausrichtung in Strassburg wurde das Forum umgestaltet. Es trägt nun den Namen «Weltforum für Demokratie» und wird ab 2012 nur noch im zwei-Jahres-Rhythmus ausgetragen. Strassburg wird künftig jeweils der fixe Austragungsort sein. Hintergrund dieser Neugestaltung ist einerseits die Öffnung des Forums für alle Staaten dieser Erde, andererseits können damit die Kosteneffizienz sowie auch der Bekanntheitsgrad des Forums gesteigert werden.

Die Öffnung für die ganze Welt kam bei diesem ersten Weltforum deutlich und im positiven Sinne zum Ausdruck. Sie bereicherte das Forum eindeutig.

Beim Weltforum für Demokratie in Strassburg treffen internationale Reformer und Führungspersönlichkeiten und vor allem auch viele Nichtregierungsorganisationen zusammen, um demokratische Antworten auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaften heute stehen, zu finden. Das Forum stellt den alten Modellen neue Realitäten gegenüber und lotet so die Möglichkeiten der Demokratien aus, die Erwartungen der Bürger zu befriedigen und sich ihren unterschiedlichen Werten und Traditionen anzupassen.

Zur Teilnahme am Forum 2012 wurden alle Akteure des demokratischen Lebens eingeladen: Regierungsvertreter, nationale, regionale und lokale Volksvertreter, Nichtregierungs-Organisationen, Bürger, Medien, Entscheidungsträger in sozioökonomischen Fragen, Wissenschaftler, Vertreter der Zivilgesellschaft und viele andere. Dank der Partnerschaften mit internationalen Organisationen konnten am Forum Teilnehmer aus allen Kontinenten zusammentreffen.

### **Bericht**

Das Weltforum für Demokratie stand heuer unter dem Titel «Allgemeine Werte, globale Herausforderungen und regionale Wirklichkeiten».

Es wurde vom Generalsekretär des Europarats, Herr Thorbjørn Jagland eröffnet. Der Generalsekretär betonte die «Universalität der Demokratie», die ein Garant für Frieden und Wirtschaftlichkeit sei. Für viele aufstrebende Länder des mittleren Ostens gehe die Demokratisierung zu langsam voran, vor allem unter den Jugendlichen stelle man Frustration fest. Demokratie sei nur für diejenigen, die partizipie-

ren. Dabei verwies er auf die neuen sozialen Medien, die virtuelle Demokratie, bei der niemand mehr führt und niemand wirklich partizipieren muss, eine grosse Herausforderung für die ganze Welt. Demokratie sei nicht perfekt – aber die am wenigsten schlechte Regierungsform, zitierte der Generalsekretär.

Herr Roland Ries, Bürgermeister von Strassburg, gab in seiner Begrüssungsansprache der Freude Ausdruck, dass das Forum von über 1'000 Personen besucht werde. Auch er wies darauf hin, dass die Demokratie heute auf dem Prüfstand sei zwischen alten und neuen Werten. Des Weiteren zitierte er Abraham Lincoln, der ausführte «sowie ich kein Sklave sein möchte, möchte ich auch kein Herr sein» – das sei der Gedanke der Demokratie.

Bernard Gazeneuve, Aussenminister Frankreichs, betonte, dass die Demokratie nicht an den Grenzen von Europa halt machen dürfe. Mit diesem Forum habe man eine Einrichtung über die Grenzen hinaus geschaffen.

Ein Highlight der offiziellen Eröffnung war sicher die Ansprache von Ban Ki-moon, dem Generalsekretär der UNO. Auch er betonte, dass der Europarat mit seinen 47 Mitgliedstaaten ein Beispiel dafür sei, was demokratisch möglich ist. Das Forum könne Brücken schlagen zwischen alten und neuen Welten und Werten. «Alle Menschen müssen dieselben Grundrechte haben und haben ein Recht auf Demokratie» führte Ban Ki-moon aus.

Des Weiteren wurde die jemenitische Friedensnobelpreisträgerin von 2011, Frau Tawakkol Kaman, eingeladen, zur Eröffnung des Forums zu sprechen. Sie führt seit Jahren einen unermüdlichen Kampf für Meinungsfreiheit in ihrem Land. Sie führte aus, es gebe kein Einheitsmodell für Demokratie, aber es gebe Prinzipien, Normen und messbare Ziele auf nationaler und internationaler Ebene. Bemerkenswert waren ihre klaren Aussagen bzw. ihre kritischen Worte an die Adresse der UNO. «Nichteinmischen könne nicht die Lösung sein» und «die UNO muss ihre Humanität unter Beweis stellen», führte sie, speziell im Hinblick auf die Situation in Syrien, aus. Für ihr mutiges Einstehen für die demokratischen Werte und ihre klaren Worte bekam sie eine «Standing Ovation» von Hunderten von Teilnehmenden im Plenarsaal.

Nebst weiteren Rednern beeindruckte auch Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble mit seinen Ausführungen zum Thema «gibt es einen Zusammenhang zwischen Demokratie und den Märkten bzw. kann der Markt ohne Demokratie funktionieren?» Die moderne Welt – sieben Milliarden Menschen, Globalisierung, virtuelle Medien – sei hoch komplex geworden. Die Demokratie sei am besten geeignet, diese grossen Herausforderungen zu meistern. «Am Ende bieten freiheitliche Systeme nachhaltige, kompromissfähige Lösungen», führte Schäuble aus. Er wies auch auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme hin und betonte, Europa habe bisher einen Prozess der Deregulierung durchgemacht und dadurch fast das ganze System zerstört. Es brauche also wieder mehr Regulierung und Kontrolle. Aber die Nationalstaaten könnten nicht mehr alle Probleme selber lösen, dies habe die aktuelle Situation eindrücklich bewiesen. Es brauche innovative Zusammenarbeit und weltweite Regeln.



Es meldete sich spontan ein Jugendlicher aus dem Jugendparlament, das bereits zwei Tage vorher getagt hat. Mit Enthusiasmus rief er ins Plenum «hören Sie uns zu, wir haben Träume und Visionen in dieser Welt».

Nach der Eröffnungsveranstaltung wurden an den folgenden Tagen die drei Hauptthemen behandelt:

A: Demokratie ein universeller Wert?

B: Virtuelle Werte? Demokratie und neue soziale Netzwerke

C: Passt eine Definition für alle? Demokratie und Globalisierung

Thema A mit verschiedenen Workshops wurde von Doris Frommelt besucht, Thema C mit verschiedenen Workshops von Gebhard Negele.

Insgesamt wurden 24 Workshops bzw. Roundtables mit den verschiedensten Themen angeboten. Wir hatten auch Gelegenheit, die Workshops und Vorträge zu wechseln bzw. uns bei anderen Themen zu informieren.

In der Abschlussveranstaltung im vollbesetzten Plenarsaal kamen noch einmal verschiedene Persönlichkeiten zu Wort. Beeindruckt hat uns hier vor allem die Rede der 81-jährigen ägyptischen Schriftstellerin und Gewinnerin des Nord-Süd Preises von 2004 Frau Nawal El Saadawi. Auch sie ist eine unermüdliche Kämpferin für Gerechtigkeit und Frieden und kämpft in Ägypten seit über 50 Jahren für Freiheit. Sie spricht eine klare und mutige Sprache, prangert Missstände an, politisiert und kritisiert, z.B. Israel, Grossbritannien, die UNO und den Sicherheitsrat. Sie spricht sich auch dezidiert für eine strikte Trennung von Staat und Kirche aus, Religion bringe der Welt keine Gerechtigkeit und keinen Frieden, das zeige die Gegenwart und die Vergangenheit.

Nach einer lebhaften Debatte, an der sich die verschiedensten TeilnehmerInnen aus der ganzen Welt beteiligten, ging das erste Weltforum für Demokratie zu Ende.

In allen Beiträgen wurde mit grosser Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, welche zentrale Rolle in Zukunft das Internet und die sozialen virtuellen Medien (Facebook, Twitter etc.) spielen werden. Der arabische Frühling habe mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie viel Potential in diesen Medien liege, bzw. wie viel Chancen aber auch Risiken sie brächten. Eine «virtuelle Demokratie» ist für die aufstrebenden Staaten der Anfang eines langen und auch schwierigen Prozesses, der auch mit Rückschlägen und gegenteiligen Entwicklungen gepflastert ist, lautet die Schlussfolgerung.

Das Weltforum für Demokratie ist ein beeindruckender Anlass, der Grund zur Hoffnung gibt. Nebst Hunderten von Teilnehmenden aus der ganzen Welt nehmen auch verschiedene Parlamentarier aus den nationalen Delegationen des Europarats teil. Damit zeigen sie Interesse und Engagement, betonen auch die Wichtigkeit der Themen und drücken den Respekt aus gegenüber all den anderen engagierten Personen und Organisationen unserer Welt. Nicht zuletzt sind es diese Parlamentarier, die die Gedanken und Schlussfolgerungen aus dem Forum in ihre heimischen Parlamente und Gremien einbringen.



Ein voller Plenarsaal beim Europarat in Strassburg am 8.10.2012

## VII. Schlusswort und Dank

Dies ist der vierte Bericht in der vierjährigen Mandatsperiode der Europaratsdelegation. Er stellt in geraffter Form einen Ausschnitt über das Jahr 2012 beim Europarat dar. Der Umfang dieses Berichts könnte beliebig erweitert werden. Dabei denke ich an die ca. 60 Berichte zu unterschiedlichen Themen, welche in der Versammlung ausführlich behandelt und zur Weiterbehandlung an den Ministerrat überwiesen wurden. Für Interessierte unterhält der Europarat eine aufschlussreiche Informationsplattform im Internet. Es empfiehlt sich, die Internetadresse **www.coe.int** einmal näher zu betrachten.

Der Europarat ist mit seinen internen Reformprozessen vorangekommen. So sind ab dem Jahr 2012 bereits einige strukturelle Veränderungen in Kraft gesetzt und weitere werden und müssen folgen.

Wie in Kapitel V und VI vermerkt, hat die Delegation ihre informellen Aktivitäten verstärkt und ist dadurch im wichtigen Bereich «Networking» vermehrt aktiv geworden.

Abschliessend fällt mir noch die angenehme Aufgabe zu, Danke zu sagen aber auch eine kritische Bemerkung unterzubringen:

- Danke an das Landtagssekretariat, das uns stets unterstützt bei all unseren Aktivitäten und wieder häufiger vor Ort in Strassburg anwesend sein konnte.
- Danke an das Amt für Auswärtige Angelegenheiten für die prompten Auskünfte und Hilfestellungen, welche wir jeweils erfahren durften.
- Und nicht zuletzt: Danke an alle Delegationsmitglieder für die teamorientierte Zusammenarbeit bei und mit der ältesten supranationalen Organisation. Es

war streng aber dank unseres einheitlichen Auftretens doch angenehm.

- Die künftige Delegation wird sich aus neuen Mitgliedern zusammensetzen. Vom «alten» Team bleibt niemand mehr übrig, was ich natürlich nicht als optimal betrachte. Schlimmer jedoch ist die Tatsache, dass die neue Geschäftsordnung bzw. das neue Geschäftsverkehrsgesetz des Landtags die Beschickung der Sessionswochen mit nur noch zwei Personen vorsieht. Ob bei dieser Ausgangslage Liechtenstein sich überhaupt noch wunschgemäss einbringen kann wird sich zeigen. Auf jeden Fall stellt dieses Vorgehen – im Vergleich mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen der Regierung – eine eindeutige Schwächung der parlamentarischen Seite innerhalb des Europarats dar. Und dies ausgerechnet bei der ältesten Demokratieinstitution Europas! Diesen Punkt musste ich unbedingt an dieser Stelle unterbringen und ich hoffe, er verfehlt die Wirkung nicht.

Zum Wohle des Europarats und seinen 800 Millionen Europäern wünsche ich mir, dass die internen Reformbestrebungen noch im Jahr 2013 ihren Abschluss finden werden und dass eine sinnvolle und harmonische Abstimmung bezüglich der Aufgaben zwischen dem Europarat und der EU bald über die «politische» Bühne gehen wird.

Triesen, anfangs März 2013

Gebhard Negele

Delegationsleiter

